

Grundsteuer: Keine einheitliche Linie

Von Sabine Robrecht

HÖXTER (WB). Nicht alle der sechs Fraktionen im Rat Höxter wollen die Erhöhung der Grundsteuer B von 510 auf 650 Prozent in der Größenordnung mittragen. Dieses Signal geht von der Haushaltsverabschiedung am Donnerstag aus.

Der mit Ach und Krach an der Haushaltssicherung vorbei geschrammte Etat hat nach leidenschaftlichen Plädoyers mehrheitlich den Rat passiert. **CDU**-Fraktionschef Günther Ludwigs signalisierte in seiner Haushaltsrede für die Christdemokraten grünes Licht, allerdings nicht für den Stellenplan. Aktuell weise die Verwaltung darin zehn zusätzliche Stellen aus. Die sieben weiteren, die in die neue Bäder- und Wirtschaftsbetriebe Höxter GmbH ausgegliedert wurden, kämen hinzu. „Erwarten Sie bitte nicht, dass die CDU-Fraktion diesem Stellenplan zustimmt.“

SPD-Fraktionsvorsitzender

Günter Wittmann betonte, dass seine Fraktion dem Haushalt mit den beigefügten Änderungen zustimme. Auch von den Grünen komme ein „Ja“, sagte Fraktionssprecher Ludger Roters. Die **UWG**, so Vorsitzender Georg Heiseke, werde dem Etat samt Stellenplan „mit Bauchschmerzen“ ihren Segen geben.

Anders die **BfH**: Aufgrund der weiterhin nicht begonnenen langfristigen Neuausrichtung hinsichtlich einer Konsolidierung der Stadtfinanzen „kann und wird die Fraktion Bürger für Höxter weder dem Gesamtpaket des Haushaltsplanes 2023 noch dem Stellenplan einheitlich zustimmen“, sagte Vorsitzender Ralf Dohmann.

Ein „Nein“ kam von der **FDP** – sowohl zum Haushalt, als auch zum Stellenplan. Die Liberalen hätten, so Sprecher Martin Hillebrand, den Willen nicht erkannt, die ständig ansteigenden Personalkosten der Verwaltung zu deckeln.

Die von allen Haushaltsred-

ner angesprochene angespannte Haushaltslage in den Blick nehmend, stellte Hillebrand die Überführung der Musikschule in städtische Trägerschaft infrage: „Wenn man kein Geld hat, gehört auch die Überlegung in den Raum, dass die Musikschule einen anderen Weg zum Überleben findet. Wahrheiten sind oft unbequem.“

Eine Erhöhung der Grundsteuer B wolle der FDP-Stadtverband den Bürgern, die vom Kraftstoff bis zum Wocheneinkauf mehr bezahlen müssen, nicht zumuten.

In diese Richtung argumentierte auch Günther Ludwig (CDU), als er den Antrag einbrachte, den Hebesatz der Grundsteuer B nur auf 590 statt wie von der Verwaltung vorgeschlagen auf 650 Prozent zu erhöhen. Eine Kompensation ergebe sich aus der aktuellen Zuweisung aus Düsseldorf in Höhe von 783.000 Euro.

Die **UWG** will die Grundsteuer B auch nicht auf 650

Prozent erhöhen. Zwar seien die Mehrkosten für die Bürger durch Entlastungen bei den Entwässerungsgebühren in ähnlicher Höhe aufgehoben. Trotzdem sei eine Erhöhung auf die vom Rat beschlossenen 590 Punkte ausreichend. Georg Heiseke plädierte noch einmal für die von seiner Fraktion beantragte moderate Erhöhung der Gewerbesteuer. Sie bringe Mehreinnahmen von insgesamt 375.000 Euro mit sich.

Günter Wittmann (SPD) räumte ein, dass der Ausgleich des Haushaltes nur mit Steuererhöhungen bei der Grundsteuer A und B gelinge. „Wir bedauern diese Steuererhöhungen zutiefst, aber der Zwang dazu liegt auch begründet in der Senkung der Abwassergebühren“, konstatierte er.

Die Erhöhung der Grundsteuer B sprach auch BfH-Fraktionschef Ralf Dohmann an. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen 650 Prozent lägen über dem in früheren

Planungen angestrebten Wert von 590 und unterhalb dem zu Jahresbeginn vorgeschlagenen Wert von 690. „Der Wert 650 soll jetzt für die folgenden Jahre Gültigkeit haben. Dies bleibt zu hoffen, aber in der Realität wird dieser sicherlich zukünftig erneut steigen.“

„Es ist richtig, die zusätzlichen Belastungen des kommunalen Haushaltes, die durch die Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger bei den Gebühren entstehen, durch Erhöhung der Grundsteuern aufzufangen“, brachte Ludger Roters die Ansicht der **Grünen** auf den Punkt. „Falsch wäre es aus unserer Sicht, stattdessen wichtige Leistungen unserer Stadt für die Bürgerinnen und Bürger zu beschneiden oder gar zu gefährden.“ Die Landesmittel für Geflüchtete stünden, so die Auffassung der Grünen, für genau diese Aufgaben der Flüchtlingshilfe zur Verfügung, nicht jedoch für Steuer-senkungswünsche.